

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Verteilspreis: Abonnementpreis 0,75 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Hrsh.-Dumler).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,  
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 7.

Berlin, Mittwoch, 25. Januar 1911.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Massen und Führer. — Die Konferenz der englischen Arbeiterpartei. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

## Massen und Führer.

Bei dem engen Zusammenhange, der zwischen den sogenannten freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie besteht, haben es sich die ersteren schon oft gefallen lassen müssen, daß die Partei sich Eingriffe erlaubt hat, welche störend auf das Gewerkschaftsleben gewirkt haben. Den wichtigsten Marginalen sind die Gewerkschaften nicht radikal genug, weil ihre Taktik häufig im Widerspruch zu dem Dogma vom Klassenkampf steht. Das ist selbstverständlich. Mit Wecheln auf die Zukunft lassen sich die Massen auf die Dauer nicht verlocken; sie wollen gegenwärtige Erfolge sehen, auf die sie wenigstens eine bestimmte Zeit mit Sicherheit rechnen können. Ermöglicht wird dies durch den Abschluß von Tarifverträgen, für die sich die Gewerkschaften in Anpassung an die von den Deutschen Gewerksvereinen von jeher vertretenen Grundzüge seit Jahren schon mit erfreulicher Energie ins Zeug legen. Auch darin wird von den unentwegten Klassenkampfverteidigern ein Verbrechen erblickt. Die radikale Seite gegen die Tarifpolitik der Führer hat es denn auch oft bewirkt, daß die großen Massen gegen die Gewerkschaftsleitungen auffällig wurden. Zahlreiche Beweise ließen sich dafür anführen.

Dieses Durchkreuzen der Pläne der Gewerkschaftsleitungen durch Parteifunktionäre hat unter den Gewerkschaftsführern eine starke Mißstimmung hervorgerufen, und da auch das Wort Bebel's auf dem Parteitag in Magdeburg, daß man den „Führern mit demokratischem Mißtrauen begegnen“ müsse, hier und da zu schärferen Gegensätzen zwischen den Massen und den Gewerkschaftsbeamten geführt hat, glaubte der bekannte Gewerkschaftsführer v. Elm seinem Herzen einmal Luft machen zu sollen. Das ist geschehen im November in einer Versammlung der Referenten, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre in Hamburg. Hier hat v. Elm das Thema „Massen und Führer“ einmal gründlich erörtert. Seine Ausführungen verdienen durchaus Beachtung, da sie im großen und ganzen wohl zutreffen. Sie sind aber noch interessanter geworden durch die Auseinandersetzungen, die sich daran geknüpft haben.

v. Elm wies zunächst darauf hin, daß „das demokratische Mißtrauen gegen die Führer“ leicht zur Disziplinlosigkeit führen könne, die auf gewerkschaftlichem Gebiete viel schlimmere Folgen zeitigen muß, als auf politischem. Er ist der Überzeugung, daß in den Berufsvereinigungen den einzelnen Zweigvereinen nur eine begrenzte Selbständigkeit zugestanden werden kann. Trazend ein lokaler Streik kann die Ausperrung der gesamten Mitglieder einer Organisation bewirken. Wenn nun aber den Massen fortgesetzt gepredigt wird, daß die wahre Demokratie darin besteht, daß sie selbst entscheiden müssen, daß die Führer nur ihre Werkzeuge sein dürfen, dann sind schwere Konflikte unvermeidlich. Zum Beweise dafür berief sich der Redner auf die Entwicklung der englischen Trade Unions. Auch die Vorgänge in Stettin, in Mannheim und in Hamburg, wo zwischen den Verbänden und ihren Beamten schwere Differenzen wegen der Weiterführung von Bewegungen entstanden sind, wurden vom Redner ins Feld geführt. v. Elm folgerte daraus, daß die großen Organisationen gezwungen sind, ihre repräsentativen Einrichtungen besser auszugestalten. Es kann nach seiner Meinung nicht bei jeder Streitfrage ein Referendum, d. h. eine Urabstimmung, vorgenommen

werden. Bei großen Kämpfen empfiehlt er, daß Vertreter aus dem ganzen Lande berufen werden, die zum Teil besoldete Ortsbeamte, zum Teil im Berufs tätige Arbeiter sein müssen. Bei diesen Vertreterversammlungen, die ja auch in der Bauarbeiterausperrung und im Werftarbeiterkampf einberufen worden sind, sollen in schwierigen Situationen die Entscheidungen liegen. Eine Mitgliedsabstimmung kann für v. Elm nur für den Fall des Angriffsstreiks in Frage kommen, und zwar ist dann Zweidrittel-Mehrheit bei geheimer Abstimmung nötig. Die Zentralinstanz aber soll immer noch das letzte Wort haben. Aber auch in solchen Fällen müssen die lokalen Führer den Mut haben, ihre Meinung ihren Kollegen ungeschönt zu sagen. Sie dürfen sich nicht zu Werkzeugen, zu Handlangern degradieren lassen.

Die Massenabstimmung ist wandelbar: Heute: Dofanach, morgen: Kreuzigt ihn! Die Masseverhimmelung, die heute im Schwange ist, ist genau so bewerklich wie der Hygantisimus. Man blüht den Massen Tugenden an, die sie gar nicht besitzen. Vor allem fehlt ihnen die Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse. Mit den Gefühlen allein ist es nicht getan. Bei allen Kämpfen ist Kenntnis der Konjunktur erforderlich. Wie oft haben wir nicht beobachtet, daß in einer flotten Periode für gearbeitet wurde, daß man Überstunden machte und viel verdiente. Kam dann die Abflauung, gab es keine Überstunden mehr, daß der Verdienst gering wurde, dann schritten Leute zum Streik, die in der guten Zeit gar nicht zum Vorschein zu bewegen waren! Nur ein kleiner Teil befähigter Leute vermag sich einen richtigen Überblick zu verschaffen; das brauchen natürlich nicht immer besoldete Beamte zu sein. Aber diesen durch das Vertrauen der Arbeiter bestimmten Leuten muß man die Entscheidung übertragen.

Alle diese Erwägungen führten den Redner zu folgendem Ergebnis:

Wir müssen Formen zu finden suchen, durch welche wir die Kenntnisse der Führer nutzbar machen, die wir wünschen aber auch die Vertrauenspersonen der Arbeiter zu Worte kommen. Nur dadurch, daß wir die Massen zur zweckentsprechenden Interessendematie zu erziehen haben, werden wir Erfolge erzielen. Mit dem demokratischen Mißtrauen gegen die Führer werden wir nur Misere schaffen. Die wirklich fähigen und ehrlichen Leute werden sich bedanken, als Handlangere des Massenwillens zu figurieren, und dann werden auf allen Gebieten Inflation die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Arbeiterbewegung in den Sumpf, in die Anarchie führen. Wir müssen daher verlangen, daß auch die politische Presse ihre Schuldigkeit tue zur Aufklärung der Massen. Nur wenn diese zur demokratischen Disziplin erzogen werden, können wir auf Erfolge rechnen. Und Einhalt müssen wir tun, dem demokratischen Treiben einzulegen, die mit ihrer Massenverhimmelung die Massen zur Disziplinlosigkeit und damit zur Machtlosigkeit führen.

Daß diese im allgemeinen verständigen Anschauungen den Modifikations in der Partei, die den Massen am meisten schmeicheln, nicht gefallen würden, war anzunehmen. Fluß hat sich auch einer von ihnen auf die Hosen gesetzt und einer Anzahl von Parteiblättern, unter denen natürlich auch die „Reipziger Volkszeitung“ nicht fehlen durfte, einen „Gewerkschaftliche Demokratie“ betitelten Artikel zugehickt, der sich gegen die v. Elmschen Ausführungen wendet. Er tut das in einer Weise, die das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ zu energischem Widerspruch veranlaßt. Der Verfasser des Artikels gegen v. Elm ist ein Dr. Pannekoek, der sich u. a. folgende Sätze geleistet hat:

„Wer aber hier nichts anderes als die Frage stellt: wer ist besser befähigt, über einen Lohnkampf zu beschließen, die arbeitslose Masse oder die weitbildenden Führer — der übersteht völlig den wirtschaftlichen Grund der Mißstimmung und der Konflikte. Wenn die Arbeiter sehen würden, daß diese Beamten im Denken und Fühlen völlig mit ihnen übereinstimmen, so würden sie viel mehr unbesorgt und vertrauensvoll ihrer Führung folgen. Statt dessen sehen die Arbeiter, wie die Mehrzahl dieser Beamten sich in der Grundanschauung dieser entfern; wie sie sich an politische Ansichten, die auf ein Entgegenkommen an die bürgerliche Welt hinarbeiten; wie die Vorstände die Beamten theoretisch ausbilden lassen von Personen, die sich durch ihren bürgerlichen Standpunkt in der Partei unmöglich machen; wie sie sich gegen die Theorien und die theoretische Durchbildung, die die Arbeiter als Quelle ihrer Kraft erkennen, gleichgültig, feindselig oder gar feindselig verhalten. Die Masse der im Kampfe vorantretenden Arbeiter ist revolutionär, will möglichst scharf den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft führen; die Mehrheit der Gewerkschaftsbeamten ist revisionistisch gesinnt. Daher fürchten die Arbeiter, auch in Fällen, wo die Zukunft grundlos ist, daß jedesmal eine allgemeine grundsätzliche Abneigung gegen den Kampf der Grund des „Bremens“ ist.“

Mit Recht weist demgegenüber das „Korrespondenzblatt“ darauf hin, daß die Anstellung von besoldeten Beamten eine notwendige Einrichtung der Arbeiterorganisationen ist, da ihre Aufgaben im Ehrenamte unmöglich noch bewältigt werden können. Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung aber ist unter diesen Umständen, daß die besoldeten Leiter oder Führer, gleichviel in welcher Stellung sie sich befinden, das volle Vertrauen der Mitglieder besitzen. Deshalb ist es das Allerwichtigste, wenn bei entstehenden Schwierigkeiten die Beamten, einzeln oder insgesamt, für entstandene Konflikte verantwortlich macht. Wer so handelt, wirkt nicht aufbauend, sondern auflösend. Das tut aber Dr. Pannekoek, der die Gewerkschaftsbeamten dadurch, daß er sie als Revisionisten hinstellt, bei den Massen politisch zu verdächtigen sucht. Ein Mann, der so etwas fertig bringt, könne noch nie die aufreibende Kleinarbeit geleistet haben, die für den Aufbau der Organisationen notwendig ist. Pannekoek habe bereits in seinem Heimatlande Holland eine arbeitslose Tätigkeit ausgeübt, so daß er schließlich aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen werden mußte. In Deutschland sei es ihm geglückt, einen angenehmen Wirkungskreis zu finden. Aber auch hier ist er eifrig am Werke, seine schädigende Tätigkeit weiter auszuüben. Zum Beweise dafür wird auch folgender Passus aus einem im Dezember 1909 in einigen Parteiblättern erschienenen Artikel, betitelt „Unteroffiziere“, angeführt:

„Diese Arbeiterbeamten leben nun unter Verhältnissen, die von denen der Masse der Proletarier verschieden sind. Wenn sie auch nicht alle finanziell besser gestellt sind als die besser entlohnten Arbeiter, so ist ihre Lebensstellung doch sicherer und ruhiger; sie stehen als fest besoldete Beamte der niederen Intelligenz und der staatlichen Bürokratie gleich. Daher wird nur zu oft namentlich die revolutionäre Gesinnung allmählich einer bürgerlichen Lebensauffassung weichen. So entsteht nach und nach ein Gegensatz zwischen den Massen und den Führern.“

Auch diese Sätze können keinen anderen Zweck haben, als einen Keil zwischen die Mitglieder und die Führer zu treiben. Niemand aber ist nach dem „Korrespondenzblatt“ so wenig berechtigt, die Organisationsbeamten in dieser Weise zu verdächtigen, wie gerade Dr. Pannekoek. Ihm wird nachgerechnet, daß er als Partei- und Gewerkschaftslehrer in Bremen ein Jahresgehalt von 4000 Mark hat. Seine sonstige schriftstellerische und agitatorische Tätigkeit bringt ihm nebenbei noch soviel ein, daß seit Einkommen in Bremen auf das Vier- bis Fünffache

von dem geschäft wird, was die von ihm angegriffenen Organisationsbeamten erhalten. Danach hat allerdings gerade dieser radikale Sozialistenführer am allermeisten das Recht, sich zum Kritiker über die Gewerkschaftsbeamten aufzuwerfen.

Durchaus zutreffend meint das „Korrespondenzblatt“, daß Einkommen und Lebensstellung an der prinzipiellen Auffassung eines Arbeitervertreters nichts ändern können. „Nur eines kann einen bedeutenden Einfluß auf die Auffassung dieser Männer ausüben und hat ihn auch bei manchem schon ausgeübt, — das ist ein großes Maß von Verantwortung, das an sie herantrat, als sie aus der Werkstatt, aus der Grube oder vom Arbeitsplatz in die Zeitung eines großen Gemeinwehens eintraten, dessen Wohl und Wehe von ihrer Entscheidung, von ihrem richtigen Verhalten abhing. Diese Verantwortung hat allerdings aus manchem überarbitralen Redner praktisch handelnde Organistoren und Strategen gemacht, deren Wirken ihrer Organisation zum Wohl gereichte.“

Im Gegensatz dazu wird dem Dr. Bannekoef der Vorwurf gemacht, daß ihm das notwendige Maß von Verantwortlichkeit gefehle; befähige er es, so könnte er nicht so unverantwortlich handeln, wie er es tut.

Die Polemik gegen Dr. Bannekoef ist in sachlicher Form geführt und ihrem Kern nach sind die Wortwürfe durchaus berechtigt. Ein tiefer Stolz gegen die „unverantwortlichen“ Quertreibereien gewisser Parteibanden kommt darin zum Ausdruck. Und so bilden die Auseinandersetzungen einen wertvollen Beitrag zu dem Kapitel der Freiheitsbewegung der Gewerkschaften von der parteipolitischen Bevormundung. Noch manchen solchen Strauß werden die Gewerkschaftsführer mit unberufenen Parteikritikern ausfechten müssen. Sie werden nicht eher Ruhe bekommen, als bis die Gewerkschaften wirklich das geworden sind, was sie ihrem Namen nach scheinen möchten, in der Tat aber nicht sind, nämlich „frei“, das heißt unabhängig!

### Die Konferenz der englischen Arbeiterpartei.

Von einem Londoner Korrespondenten.

(Schluß.)

Es ist im höchsten Grade bezeichnend, daß der Plan der Führer der Arbeiterpartei, die Arbeiterkandidaten bei den Parlamentswahlen in Zukunft lediglich als Arbeiter und ohne Anlehnung an die Liberalen aufzustellen, einem Teile der Partei angehöriger Trade Unions noch nicht weit genug geht. Dies beweist der Ergänzungsantrag mehrerer Vereine, darunter der starken Trade Union der Gasarbeiter, diese Kandidaten nicht nur als Vertreter der Arbeiter, sondern auch als sozialdemokratische Kandidaten aufzustellen. Ein derartiger Plan dürfte nun freilich den maßgebenden Mitgliedern der Arbeiterpartei des Parlamentes nicht gefallen, selbst wenn diese mehr oder weniger offen mit der sozialdemokratischen Partei liebäugeln. Diese Herren wissen ganz genau, daß das Wort Sozialdemokrat vorläufig in großen Schichten der englischen Arbeiterpartei und besonders in den Kreisen der organisierten Arbeiter geradezu abschreckend wirkt. Daß die Vertreter der Arbeiter im Parlament für das Interesse der Arbeiter eintreten würden, glaubt der englische Durchschnittsarbeiter wohl; aber was die Sozialdemokraten eigentlich wollen, das weiß er nicht, und das hat er auch aus deren konfusem Schriften, selbst wenn er dieselben las, nicht herauslesen können. Die Arbeiterpartei wird daher nicht so dumm sein, sich die Stimmen aller dieser Nichtsozialisten dadurch selbst zu entziehen, daß sie ihre Kandidaten als mächtigste Sozialdemokraten hinstellt.

Eine Hauptrolle wird auf dem Kongreß natürlich der leidige Osbornefall spielen. Durch richterliches Urteil höchster Instanz wurde in diesem Falle, wo ein Mitglied der Trade Union der Eisenbahner sich weigerte, zu dem Wahlfonds beizutragen, bekanntlich dahin entschieden, daß die Trade Unions keine politische Partei darstellen und deshalb nicht das Recht hätten, Beiträge zu politischen Zwecken zu erheben, es sei denn, daß die Zahlung dieser Beiträge freiwillig von Seiten der Mitglieder der Trade Unions geleistet werde. Nun wäre gemäß der liberalen Regierung bereit, die Machtbefugnisse der Trade Unions nach Kräften zu stärken und einen Antrag zu unterstützen, welcher die Trade Unions politisch mündig machen würde, aber sie wird dazu kaum imstande sein, wenn die Arbeiterpartei sich ihr gegenüber auf den Standpunkt der politischen Gegnerin stellt, wie dies nach den für die Konferenz gestellten Anträgen zu erwarten ist. Die Besprechung des Osbornefalles wird daher

den Interessen der Arbeiterpartei kaum dienlich sein. Es sind in der Tat in der letzten Zeit viele Stimmen von Trade Unionisten laut geworden, die sich energisch dagegen verwahren, daß sie durch die Majorität der Mitglieder ihrer Union gezwungen werden sollen, einen Abgeordneten im Parlament zu unterstützen, dessen politische Ansichten sie nicht teilen. Man hört sogar oft genug die Ansicht ausgesprochen, daß eine zu scharfe Forderung der Arbeiterpartei in dieser Beziehung dem Trade Unionismus einen schweren Verlust an Mitgliedern verursachen könnte. Dieser Ansicht pflichte ich nun nicht ganz bei. Das tradeunionistische Empfinden, wie die alten Trade Unionisten es kannten, mag darüber in die Brüche gehen, aber die organisierte Arbeiterkraft wird trotzdem weiterbestehen, freilich in einer Form, die wesentlich von der früheren abweichen dürfte.

Wie weit sich diese neue Form des Trade Unionismus bewähren wird, bleibt dabei abzuwarten. Der neue Trade Unionismus wird sich erst bewähren müssen, während der alte, den man als veraltet beiseite schieben will, den englischen Arbeitern Vorteile verschafft, deren sich keine Arbeiterkraft anderer Staaten zu erfreuen hat. Wohl mögen sich die Veteranen der organisierten Arbeiterkraft über den Untand der Trade Unions beklagen und düster in die Zukunft blicken, aber eine Hoffnung bleibt den Freunden der Arbeiterverbände doch noch, nämlich die, daß deren Führer trotz ihrer modernen Richtung fluge Leute sind, die den über-eifrigen Sozialisten die Zügel anlegen werden.

Es gibt übrigens selbst ganze Trade Unions, die zu der Einsicht gekommen sind, daß man nicht ins Blaue hinein vorgehen darf, so die Trade Union der Stauer (Güterpferde), die den sehr verständigen Antrag gestellt hat, daß man zunächst Schritte tun solle, um die drei verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung in Einklang zu bringen.

Das scheint in der Tat der erste notwendige Schritt zu sein, wenn die Arbeiterpartei bei zukünftigen Wahlen auf eigenen Füßen stehen will. Schließlich sei noch erwähnt, daß die Trade Union der Schreiner und Zimmerleute den Antrag einbrachte, einen gemeinsamen „Verteidigungsfonds“ ins Leben zu rufen. Dieser Verteidigungsfonds soll nach Ansicht der Antragsteller dazu Verwendung finden, die gerichtlichen Kosten in allen Prozessen, in denen es sich um die Verteidigung „tradeunionistischer Prinzipien“ handelt, zu decken. Der Fonds soll aber keineswegs dazu dienen, Streiks zu unterstützen. Zu diesem Zwecke werden sich die „streikenden“ Gewerksvereine wie bisher in erster Linie auf ihre eigenen Kassen und sodann darauf verlassen müssen, daß Streikgelder von den nicht beteiligten Trade Unions in der Regel ohne Murren bewilligt werden, falls diese Trade Unions einsehen, daß der Streik unvermeidlich war. Der Osborneprozess hat aber die Eisenbahner gewaltige Summen gefordert, und es wäre nicht mehr als Recht gewesen, wenn die übrigen Trade Unions sich an diesen Kosten beteiligten hätten, da sie ebenso wie der zur Rechenschaft gezogene Eisenbahnerverband Zwangsbeiträge zu politischen Zwecken von ihren Mitgliedern erhoben hatten.

Zum Führer der Arbeiterpartei im Parlament wird in diesem Jahre wohl Mr. Ramsay MacDonald anstelle von Mr. George Barnes gewählt werden. Dies ist um so wahrscheinlicher, als Mr. George Barnes schwer erkrankt ist.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 24. Januar 1911.

Die Reichsversicherungsordnungs-Kommission hat sich in ihrer letzten Sitzung mit der Zusammenlegung der Betriebs- und Innungsstranenfassen beschäftigt und bezüglich der ersteren beschlossen, daß der Arbeitgeber oder sein Vertreter den Vorstoß zu führen hat, aber nur über ein Drittel der Stimmen verfügt, während die Versicherten zusammen zwei Drittel der Stimmen haben sollen. Ein Antrag, der eine Sicherung der Arbeitervertreter gegen Maßregelung besagt, wurde bis zur Beratung der gemeinsamen Vorschriften im 1. Buche zurückgestellt. Für die Innungsstranenfassen soll durch die Säkung bestimmt werden können, daß Beiträge und Stimmen im Vorstande halbiert werden dürfen. Für die Kranfrankenassen wurde die Bestimmung neu geschaffen, daß, wenn der Versicherte über die Geltungsdauer des Arbeitsvertrages hinaus krank und arbeitsunfähig ist, sein Anspruch auf Krankengeld wieder in Kraft tritt. Der Arbeitgeber soll der Kasse das Krankengeld zu erstatten haben.

Gegen die agrarische Zollpolitik hat in dem nationalliberalen „Donaufrüher Tageblatt“ ein Landwirt Ausführungen gemacht, die es verdienen,

daß die breitere Öffentlichkeit davon Kenntnis erhält. Es heißt darin:

Wir Landwirte lassen uns stets so gerne abschrecken, wenn es heißt, der Schutzoll ist in Gefahr, man will die Grenzen öffnen usw. Dieses Schreckmittel nehmen wir tatsächlich bald nicht mehr ernst. Angenommen, es gäbe überhaupt kein Zollsystem für landwirtschaftliche Produkte, was wäre dann? Würde der Landwirt zugrunde gehen? O nein! Unser Augenmerk konzentriert sich auf die Viehzucht. Haben wir viel Getreide und Futter, so geht es uns gut, denn wir vergrößern unsere Viehstand. Wir wissen, das Vieh, das Schlachtvieh, hat Absatz und wird gut bezahlt. Überall in Fleisch, nicht nur in Deutschland, auch in allen andern europäischen Staaten. Allerdings, wegen der Seidendegate wollen wir für Vieh die Grenzen nicht geöffnet haben. Wir haben Viehkrankheiten genug in eigenen Lande. Aber daß Deutschland, falls die Grenzen geöffnet würden, mit Vieh überflutet würde, das glauben selbst wir Landwirte nicht. So „agrarisch“ denken wir nicht. Jedes Land in Europa hat genug für sich selbst zu sorgen, was die Fleischversorgung anbelangt. Also den Teufel nur nicht so an die Wand gemalt. Der Schutzoll hat für den größten Teil der Landwirtschaft keinen großen Wert mehr. Etwa 75 Prozent unserer Schwarzwaldbauern pflanzen jählich Getreide, das es ihnen zum Leben reicht, also überhaupt kein Getreide verkaufen können, mit Ausnahme etwas Gerste, die aber unsere Brauereien vom Auslande durch die Stadtlofen auch nicht billiger beziehen würden. Durch die neue Brauereier in aber die Gerste nicht teurer, sondern bedeutend billiger geworden, weil der Bierverbrauch ein geringerer und auch das Bier dünner gebraucht ist. Weiter sage ich: fast 50 Prozent der Schwarzwälder Bauern müssen schon von Oetern ab das Brot meß kaufen. Wäre das Getreide durch Grenzöffnung billiger, so hätte selbst ein großer Teil der Landwirte Profit. Ich sage: Vom Zollwesen hat bloß der norddeutsche Groß- oder Rittergutsbesitzer Vorteil, die ganze Gemarkungen von Feldern besitzen, daher viel Getreide bauen und verkaufen. Die Großgrundbesitzer oder, wie die liberalen Politiker mit Recht sagen: „Vollblutagrarien“ gereichen aber der deutschen Landwirtschaft nicht zur Zierde, denn es sind Profitlinge, die ihre Arbeiter miserabel bezahlen und keinen Kleinbauer leben lassen. Als die „nette“ Finanzreform gemacht wurde, die uns einen Haufen neuer Steuern brachte, wehrte man sich gegen die sog. Erbschaftsteuer. Die hätte uns Landwirten gar nichts geschadet. Wieviele Landwirte bei uns haben ein schuldenfreies Anwesen und außerdem noch 20 000 Mk. Kapital? Diese sind zu zählen! Nur solche wären aber von dieser Steuer betroffen worden und diese hätten bei Erbschaften auch etwas zahlen können. Wegen dieser hätte man das gerechte Steuerprojekt nicht fallen zu lassen brauchen. Man hätte sagen sollen, der Bauer wird von dieser Steuer fast gar nicht betroffen, aber die großen Geldsäcke in den Städten, die Gens- und Halb-millionäre usw. Diese hätten bezahlen können und auch mit Recht. Um diese reichen Geldsäcke zu schonen, hat man gesagt, der Bauernstand sei in Gefahr und man ließ die Steuer fallen. Daran waren das Zentrum und die Konservativen schuld, die auch dafür sorgten, daß wir mit einer Streichholzsteuer, Kaffeesteuer, Biersteuer, Schnapssteuer usw. belastet wurden. Wir Landwirte werden daran denken, wenn wir wieder zu wählen haben.“

Diese Ausführungen eines praktischen kleinen Landwirts decken sich durchaus mit dem Urteil, das wir stets über die neudeutsche Zoll- und Wirtschaftspolitik gefällt haben. Im kommenden Reichstagswahlkampf werden sie eine scharfe Waffe gegen die Schwarz-Blauen bilden.

Einen Kampf bis aufs Messer führt zurzeit der Holzarbeiterverband gegen unseren Gewerkschaftsbereich der Holzarbeiter. Die schweren Niederlagen, die sich die Verbändler in Hamburg und in Stolp geholt haben, kann man offenbar nicht verschmerzen, und so sucht man denn in einem Verleumdungsfeldzuge Vorbeeren zu ernten. Wir haben schon in unserer letzten Nummer darauf hingewiesen, daß der Holzarbeiterverband ein Flugblatt verbreitet, in welchem alle möglichen Liebeswürdigkeiten gegen unseren Gewerkschaftsbereich der Holzarbeiter enthalten sind. Dagegen ist jetzt von unserer Seite aus ein Gegenflugblatt veröffentlicht worden, das die Wigen in ihrer vollen Blöße enthüllt. Die Vorgänge in Hamburg und in Stolp sind unseren Kollegen so ausführlich geschildert worden, daß wir nur noch einmal kurz auf die Dinge eingehen brauchen. In Hamburg handelte es sich nicht um einen Kampf um den Arbeitsnachweis, sondern in Wirklichkeit darum, daß die Gewerkschaftsmitglieder dem Betriebe von Steinweg u. Sons verdrängt werden sollten. Nur Verbändler sollten dort beschäftigt, die Gewerksvereine aber auf das Pflaster geworfen werden. Das wäre gleichbedeutend gewesen mit der Vernichtung unserer Organisation in Hamburg. Daß sich unsere Kollegen vom Gewerkschaftsbereich der Holzarbeiter das nicht gefallen lassen konnten, den von den „Genossen“ deswegen angezettelten Streik nicht mitmachen, sondern auf alle mögliche Weise anstelle der Verbändler Gewerkschaftsmitglieder unterzubringen suchten, war ein

\*) Siehe Nr. 5.

Gebot der Selbsterhaltung. Mögen deshalb die Verbände jetzt noch so laut über Arbeiterverrat und Streikvorhaben zetern!

In Stolp war es die Großmannsucht und die Unzulänglichkeit der „Genossen“, die zu dem Konflikt zwischen den beiden Organisationen führten. Den Anlaß dazu gab ein Tarifvertrag, den ursprünglich beide Organisationen abschließen wollten. Da aber im Verlaufe der Verhandlungen die Verbände erklärten, daß sie es ablehnten müßten, mit den Gewerksvereinen zusammen zu arbeiten, schlossen unsere Kollegen den Vertrag allein ab. Mit dem materiellen Erfolge dieses Vertrages waren auch die Verbände zufrieden; sie wollten nur den Vertrag nicht unterzeichnen, weil ihn die Gewerksvereiner abgelehnt hätten. Dieser Vertrag bringt den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 6 Pfg. pro Stunde und drei Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche. Selbstverständlich wollten nun die Verbände die Gewerksvereiner übertrumpfen und stellen geringere Mehrforderungen. Daß dies nur geschah, um mehr als die Gewerksvereiner erreicht zu haben, geht daraus hervor, daß die Funktionäre des Solgarbeiterverbandes den Unternehmern das Anerbieten machten, sie möchten doch nur 1/2 Pfg. mehr Mindestlohn bewilligen, dann würden sie die Arbeit aufnehmen; wer diesen Lohn nicht verdiente, dem bräuchten ihn die Unternehmern auch nicht zu geben. Weiter aber muß erwähnt werden, daß bei der Firma Kaufbach in Stolp Verbände unter dem von den Gewerksvereiner abgeschlossenen Verträge arbeiten und gar nicht daran denken, die Arbeit niederzulegen. Diese Verbände, die also unter denselben Bedingungen arbeiten, wie die Gewerksvereiner, die werden nicht als Streikbrecher oder Arbeiterverräter hingestellt. Hier gilt das Wort: Ja, Bauer, das ist ganz was anderes!

Die übrigen Vorgänge, die in dem gegnerischen Flugblatt angebeutet werden und sich auf die Orte Halle, Frankfurt a. d. T. und Lübeck beziehen, liegen, wie bereits erwähnt, fünf bis sechs Jahre zurück. Wir hatten also recht, wenn wir sie als „alte Kamellen“ bezeichneten. Die Schilderung der Verhältnisse ist auch hier genau so „wahrheitsgetreu“ wie in den oben ausführlicher behandelten Fällen. Wer die Kampfweise und die Verleumdungsjucht der Verbände kennt, wird sich auch durch das neue Flugblatt nicht beeinflussen lassen. Die denkenden und urteilsfähigen Arbeiter wissen, was sie von der Wahrheitsliebe der „Genossen“ zu halten haben.

Übrigens haben auch unsere weiteren Darlegungen über den Fall Freie sowohl dem „Vorwärts“ wie auch der „Solgarbeiterzeitung“ nochmals Veranlassung gegeben, in längeren Schimpfepiteln über die Gewerksvereiner herzufallen. Wir betonen für heute, daß unsere Darstellung in jeder Beziehung den Tatsachen entspricht, und behalten es uns vor, ausführlicher auf die Angriffe der Gegner in der nächsten Nummer zurückzukommen.

**Gegen Terrorismus und Unzulänglichkeit.** In der sozialdemokratischen Presse wird zurzeit ein Rundschreiben veröffentlicht und besprochen, das der Verband sächsischer Industrieller an seine Mitglieder verfaßt hat. In diesem Rundschreiben wird auf die in letzter Zeit sich häufenden Fälle von Terrorismus sozialdemokratisch organisierter Arbeiter hingewiesen und auf die Tatsache, daß die Mitglieder sozialdemokratischer Gewerkschaften sich häufig geweigert haben, mit anderen, auf nationalem Boden stehenden Arbeitern zusammen zu arbeiten, und daß sie, um diese Absicht durchzuführen, auch nicht davor zurückgeschreckten, Streiks zu initiieren oder die ihnen nicht zu Willen gehenden Firmen zu boykottieren. Gegen diesen Terrorismus sollen die dem Verbands angehörenden Firmen Stellung nehmen, und zwar dadurch, daß sie

...nach Möglichkeit bei Beigerung sozialdemokratisch organisierter Arbeiter, mit Nichtorganisierten oder Angehörigen der auf nationalem Boden stehenden Organisation zusammen zu arbeiten, den Bestimmungen der Sozialdemokratie Widerstand leisten. Insbesondere bitten wir ferner keine Vereinbarungen mit den freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften zu treffen, kraft welcher nicht sozialdemokratisch organisierte Arbeiter von der Beschäftigung in den Betrieben der vertragsschließenden Industriellen ausgeschlossen werden, oder die Arbeitgeber gezwungen werden, Arbeitskräfte lediglich von einem bestimmten Arbeitsnachweise zu beziehen, wodurch eine Profitschmälerung der auf nationalem Boden organisierten oder nichtorganisierten Arbeiter bezweckt und erreicht wird.

Weiter wird in dem Rundschreiben ersucht, Material über Boykott oder Ausschreitungen bei

Streiks zu sammeln und der Verbandsleitung einzuwenden.

Wir der zuletzt genannten Maßnahme soll das Material für eine Justizvorlage bereichert werden. Wir können ein solches Vorgehen nicht gut heißen, weil durch Verallgemeinerung einzelner krasser Fälle leicht falsche Anschauungen erweckt werden und der Anlaß zu geschwehriichen Maßnahmen gegeben wird, unter denen dann auch solche Kreise zu leiden haben, die den Terrorismus in jeder Form verurteilen. Die beste Antwort auf eine solche Scharfmacherei muß die Mahnung an die Organisationsmitglieder sein, sich unbedingt im Rahmen der gesetzlichen Grenzen zu halten und alles zu vermeiden, was den Scharfmachern Wasser auf die Mühle liefert. Was aber den sonstigen Inhalt des Rundschreibens anbelangt, so können wir nur erklären, daß das Vorgehen des Verbandes sächsischer Industrieller durchaus unseren Beifall findet. Der Anmaßung der „Genossen“, die Andersdenkende von den Tarifverträgen auszuschließen und durch die Forderung, daß nur die von den „freien“ Gewerkschaften errichteten Arbeitsnachweise benutzt werden dürfen, sich ein Arbeitsmonopol schaffen wollen, muß entschieden entgegengetreten werden. Wir Gewerksvereiner haben oft genug gerade in letzter Zeit erfahren müssen, daß die Verbände der Unternehmern zwingen wollten, mit ihnen Verträge abzuschließen, die unsere Kollegen einfach brokos gemacht hätten. Nur allzu oft auch haben Unternehmern sich der sozialdemokratischen Unzulänglichkeit gefügt, und wenn sie endlich diesen Zuständen ein Ende gemacht werden soll, so können wir das nur mit Freuden begrüßen. Freilich die sozialdemokratischen Blätter wie „Veiziger Volkszeitung“ und „Vorwärts“ stellen es so hin, als wenn das Rundschreiben nur den Schutz der Unorganisierten und Selben bezweckte. Unter den auf nationalem Boden stehenden Arbeiterorganisationen sind aber auch die Deutschen Gewerksvereine und die christlichen Gewerkschaften zu verstehen. Es ist also eitel Spiegelfechtere, wenn die sozialdemokratische Presse diese nicht nennt. Man weiß eben, daß man sich damit in der öffentlichen Meinung ins Unrecht setzen würde, und deshalb tut man so, als wenn nur die Selben und Nichtorganisierten geschützt werden sollen. Die gefühlslose Entzweiung über das Rundschreiben ist nur ein Beweis für die Anmaßung der „Genossen“, die Andersdenkende neben sich nicht aufkommen lassen wollen.

Wahrscheinlich wird man uns wegen dieser Stellungnahme von jener Seite aus wieder mit allen möglichen Liebeswürdigkeiten bedenken und vielleicht gar den Selben gleichstellen. Das wäre nichts Neues, macht aber keinen Eindruck. Unsere Haltung den Selben aller Spielarten gegenüber und die heftige Bekämpfung, die wir namentlich in letzter Zeit von den Selben erfahren haben, ist das untrüglichere Zeichen dafür, daß unser Schild blank ist. Auch die Anwürfe von roter Seite her prallen deshalb wirkungslos von uns ab.

**Arbeiterbewegung.** In Berlin sind die Lichtdrucker in eine Tarifbewegung eingetreten. Da es nicht möglich war, die Arbeitsverhältnisse für das Lichtdruckgewerbe in ganz Deutschland einheitlich zu regeln, hatten die Berliner Lichtdrucker ihre Forderungen in einem besonderen Tarif den Arbeitgebern unterbreitet. Die Forderungen sind rundweg abgelehnt worden, ist die Kündigung eingereicht worden. Die Unternehmern wollen darauf mit der allgemeinen Ausprägung antworten. — Den Bemühungen des Oberbürgermeisters von Remscheid ist es gelungen, in dem Streit der Feilenhauer eine Vereinbarung zwischen den streitenden Parteien herbeizuführen, so daß die Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit beschließen haben. — In Veizig haben die Lithographen die Kündigung eingereicht bezw. die Arbeit niedergelegt in allen denjenigen Betrieben, die den abgeschlossenen Tarifvertrag nicht einhalten. — Der Kampf der Kürschner in Kötha b. Veizig hat dadurch eine wesentliche Verschärfung erfahren, daß die Arbeitgebervereinigung beschlossen hat, alle in Veizig und den umliegenden Orten beschäftigten Kürschnergesellen auszulipern. Etwa 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen sind von dieser Maßregel bereits betroffen worden.

Im Wiener Konfektionsgewerbe ist der Frieden noch nicht wieder hergestellt. Die Zwischenmeister haben die provisorischen Vereinbarungen nachträglich abgelehnt, und auch die Gehilfen wollen nicht eher die Arbeit wieder aufnehmen, bevor die Zwischenmeister mit ihnen nicht einen besonderen Vertrag abgeschlossen haben. — In den Ausland getreten sind die Bühnenarbeiter der bedeutendsten Theater in Wien, weil ihre Forderungen auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse abgelehnt wurden. — Die organi-

sierten Bergleute von Nord-Bale haben ihren Kontrakt gekündigt, weil sie nicht mit Unorganisierten zusammen arbeiten wollen. Stommt es nicht zu einer Einigung, so würden etwa 8000 Arbeiter in den Ausstand treten.

**Auffällige Gelbe.** Augsburg kann für sich den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen, gewissermaßen die Wiege der gelben Bewegung in Deutschland zu sein. Nicht nur in der Metallindustrie, sondern auch in anderen Gewerbebezügen ist man an die Gründung solcher Scheinorganisationen herangegangen, und man hat leider damit auch Erfolg gehabt. Aber auch der hinfinde Vote ist nicht ausgeblieben. Da, wo die Gelben sich mächtig genug fühlen, tragen sie es, wenn man es gar zu toll mit ihnen treibt, auch einmal aufzunehmen. Da besteht z. B. in Augsburg eine Schuhfabrik von Wessels, in der ein zwischen dem gelben Arbeiterauschuss und der Direktion vereinbarter Tarifvertrag galt. Die Direktion hat wiederholt Wohnabzüge gemacht, gegen die sich die Arbeiter schließlich aufbäumten. Ja sie verlangten sogar, daß der Tarif revidiert und die Löhne erhöht werden müßten, Forderungen, die von der Direktion schroff abgewiesen wurden. Da aber trat etwas Unerwartetes ein. Wenn der „Vorwärts“, dem wir diese Mitteilung entnehmen, die Wahrheit sagt, haben sich die Gelben einen Beamten des Schuhmacherverbandes kommen lassen, der einen Vortrag hielt über die Zustände in den Augsburger Schuhfabriken. Unter stürmischem Beifall sollen die Gelben selbst das Verhalten der Direktion und die ihnen von dieser zuteil gewordene Behandlung geißelt haben. Zum Schluß sei ein großer Teil der Gelben in den Zentralverband der Schuhmacher eingetreten und der Rest werde wahrscheinlich diesem Beifolg folgen.

Dieser Vorgang zeigt, daß die Unternehmern glauben, wenn sie sich eine gelbe Organisation geschaffen haben, mit den Arbeitern völlig nach Belieben umspringen zu können. Weiter aber lehrt dieser Vorgang, daß diese Ansicht irrig ist, und auch die Gelben, wenn man sie zu schlecht behandelt, widerpenftig werden. Die Herren Unternehmern müssen daraus erkennen, daß es sich bei den Gelben um unzuverlässige Elemente handelt, denen gegenüber Mißtrauen nicht nur seitens der Arbeiter, sondern auch seitens der Unternehmern durchaus angebracht ist.

Als „Terrorismussüger“ werden bekanntlich von der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse alle Mitteilungen bezeichnet, in denen den „Genossen“ nachgewiesen wird, daß sie Andersdenkende vergewaltigt haben. Das wird sicherlich auch wieder in dem Falle geschehen, der hier geschildert wird. In der Waggonfabrik in Bremen haben 72 Metallarbeiterverbände die Arbeit niedergelegt, weil die Direktion sich entschieden geweigert hat, einem Wunsch der „Genossen“ entsprechend einen anderen Arbeiter wegen seiner Zugehörigkeit zum Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter zu entlassen. Man darf gespannt sein, wie sich die Herren hier herausreden werden. Denn den Mut haben sie bereits nicht, ihre Handlungen auch zu vertreten. Der Generalrat unseres Gewerksvereins hat natürlich dieses freche Attentat auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiter nicht ruhig hingelassen, sondern bereits die nötigen Schritte getan. Jedenfalls werden wir noch Gelegenheit haben, uns mit dem Vorgang eingehender zu beschäftigen.

**Die 430. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen** findet am Sonntag, den 29. Jan., abends 7 Uhr, im Beethovensaal (Röthnerstraße) statt, wobei mitwirken werden Fräulein Selga Petri-Dresden (Gesang), Herr Hermann Weihenborn (Gesang), Herr Dr. Rud. Frank (Rezitation), Frau Helene Bornemann-Ferdinand (Violine).

**Die 7. Volksvorstellung der Generalintendantur der Königl. Schauspielerei** in dieser Saison findet am Montag, den 30. Januar, abends 8 Uhr, im Neuen Königl. Operntheater (Kroll) statt. Zur Aufführung gelangt: „Bürgerlich und romantisch“, Schauspiel von Ed. v. Bauernfeld.

Der Billetverkauf erfolgt — wie bisher — in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltungen.

### Gewerksvereins-Zeit.

8. April. Am 6. Dezember 1910 fand hier die Gewerksgerichtswahl statt und zwar zum ersten Male nach dem Verhältniswahlsystem. Die Beteiligung war deswegen auch eine sehr große. Zu wählen waren sechs

Reißer aus dem Kreise der Arbeitnehmer. Auf die Liste der „freien“ Gewerkschaften waren 471 Stimmen gefallen, auf die der Gewerkschaften 94. Bei der Verteilung der Stimm wurden sämtliche sechs den „freien“ Gewerkschaften zugesprochen. Dagegen legte der Ortsverband beim Vorliegen des Gewerkschafts Protokoll ein, weil nach unserer Meinung die Gewerkschaften nur 5 Stimm zu beantragen hatten, während der sechste Stimm uns aufkam. In dem Bescheid des Bezirksausschusses vom 19. Januar 1911 wurde unserem Protest stattgegeben und unsere Berechnung für die richtige erklärt. Danach ist unser Kollege Emil Schmid vom Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter als Gewerkschaftsmitglied gewählt. Merkwürdig ist nur, daß die beim Auszählen und Einteilen der Stimmen anwesenden Gewerkschaftsführer und auch der Krankenkassenvorsitzende nicht gewußt haben sollen, daß ihre Berechnung falsch ist. Für uns wird die Wahl, deren Erfolg ja zweifellos hätte besser sein können, ein Ansporn sein, dafür zu sorgen, daß das nächste Mal mehr Gewerkschaftler gewählt werden.

**Berlin.** Ein Gezeiter über die Besetzung der Firma Krause u. Neusch durch den Gewerkschaftsleiter der Töpfer erhebt die Leitung des Zentralverbandes der Töpfer Berlins im „Vorwärts“. Die Verbändler haben die Firma angeblich wegen Nichtbezahlung des Tarifes gesperrt. Dies ist eine direkte Unwahrheit; denn der Tarif ist dort bezahlt worden und wird auch weiter bezahlt. Die Firma hat mit den ihnen beschäftigten gemeinsamen Töpfern auf dem vorigen Bau eine Sorte Oefen mit 11. 65,70 vereinbart. Auf dem in Frage kommenden Bau verlangten die Töpfer jetzt für diese Oefen aber: 1. eine Schicht in Muster mehr; 2. eine halbe Kachel im Umfang weniger; 3. ohne zurückgegebene Feuerung; 4. ohne zu verflammen 66—72 M. Diese Forderung ist von der Firma abgelehnt worden. Daraufhin liehen sich die dort beschäftigten Töpfer von einem Kollegen, der die Angelegenheit regeln sollte, verleiten die Arbeit niedergulegen.

Die Firma wandte sich wegen Besetzung des Baues an den Gewerkschaftsleiter. Auf eine Anfrage beim Obermeister wurde mir auch von dort die Versicherung, daß die Bezahlung der Oefen von der Meisterkommission für richtig befunden ist. Nun wurde uns Gewerkschaftsleiter, die wir dort arbeiten, Vorwürfe gemacht, weil wir uns nicht an den Beschluß des Zentralverbandes gehalten haben. Derselbe hat uns aber vor nicht allzu langer Zeit erklärt, mit uns nicht verhandeln zu wollen, in folgedessen haben auch wir es nicht nötig, uns auf seine Seite zu stellen. Die Hälfte der Kollegen vom Verband sind mit schwerem Verzeu geschieden und hätten gern weiter gearbeitet, aber sie finden nicht den Mut, sich von dem sie drückenden Joch zu befreien. Sie hätten nur die Wünsche, die sie unter solchen Umständen zum Verlassen der Arbeit anhielten, vom Bau jagen sollen; das wäre das Richtige gewesen. Nun ist in einer Nacht verschiedenen Kollegen eine Menge Werkzeug gestohlen worden. Daß der Diebstahl mit der Arbeitniederlegung in Zusammenhang zu bringen ist, wird wohl jedem einleuchten. Nachtraglich, brave Handlungsweise! Bei Gelegenheit wird man ja solchen gemeinen Dieben das Rainszeichen aufdrücken. Jedem der verdiente Lohn! August Rohde.

**München.** Die am 15. Januar abgehaltene Generalversammlung des Ortsverbandes konnte seit längerer Zeit zum ersten Male den Beweis erbringen, daß bei zielbewußter energischer Arbeit für unsere Sache am höchsten Plage noch ein weites Feld offen steht. Neugegründet wurden im verfloffenen Jahre die Ortsvereine der Gemeinbedarbeiter und Frauen und

Mädchen mit je 16 Mitgliedern. Außerdem konnte auch der seit 31 Jahren bestehende Münchener Räderbund mit 52 Mitgliedern für uns gewonnen werden. Auch der Verein der Deutschen Kaufleute konnte seinen Mitgliedsbeitrag wesentlich vergrößern. Alles in allem hat der Ortsverband im verfloffenen Jahre einen Mitgliedszuwachs von rund 70 Prozent aufzuweisen, was um so beachtenswerter ist, als in dem letzten Jahrzehnt die Mitgliederzahl von Jahr zu Jahr gesunken ist. Mit einigen anderen bis jetzt noch keiner Richtung angehörenden Vereinen stehen wir zurzeit in Unterhandlungen, die aller Voraussicht nach zum Anschluß führen werden.

Auch der innere Zusammenhang im Ortsverband hat sich sehr günstig entwickelt und herrscht allseitig in den Vereinen eine bis jetzt nicht gekannte Arbeitsfreudigkeit und Zueignung in bezug auf die weitere Vertiefung unserer Ideen. Unter der unermüdeten Tätigkeit unseres Ortsverbandsvorsitzenden, Kollegen Adler, hat sich ein Kreis von redgewandten Agitatoren herangebildet, die des öfteren den Verbändlern praktisch bewiesen haben, zum Teil in deren eigenen Versammlungen, daß die „Räufche“ in München noch lange nicht ans Aussterben denken, obwohl dieses Märchen immer wieder den Arbeiternmassen möglichst glaubhaft vorzumontieren versucht wird. Auch tüchtige praktische Arbeit wurde geleistet. Zwei an den Magistrat gerichtete Anträge fanden eine prompte Erledigung in dem von uns gewünsften Sinne. Einige weitere Anträge werden noch in der sozialen Kommission behandelt. Besonders wichtig für unsere Mitglieder ist die Errichtung einer Rechtsauskunftstelle, deren Verwaltung Kollege Adler übernimmt. Die Hauptaufgabe des Ortsverbandes im kommenden Jahre ist die Stärkung der bereits bestehenden Vereine, um in den Perufen, in denen wir am Plage vertreten sind, richtig Fuß zu fassen. Daß dies mit aller Energie versucht werden wird, dafür bürgt uns die neu gewählte Vorstandsschicht, die sich wie folgt zusammensetzt: Geschäftsführer und Agitationsleiter Kollege Franz Adler, Vorsitzender Karl Hummel (Maschinenbauer), Kassierer August Weg (Gemeinbedarbeiter), Schriftführer Rudolf Veschlag (Kaufleute), außerdem als Beisitzer die Kollegen Freu (Räder), Fehninger (Schneider), Fischer (Waler), Dolge (Federarbeiter) und Fr. Böhm (Frauen und Mädchen).

Wie notwendig von allen Seiten die Errichtung eines Arbeitersekretariats betrachtet wird, zeigt die einstimmige Annahme folgender Entschlüsse:

„Die am 15. Januar 1911 abgehaltene Generalversammlung des Ortsverbandes München ersucht den Zentralrat des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften um baldige Errichtung eines Arbeitersekretariats für München und Umgebung, da nur durch eine unabhängige Person die für die Sache der Deutschen Gewerkschaften so ungemein günstigen Verhältnisse voll und ganz ausgenutzt werden können.“

An uns liegt es nun, der Verbandsleitung den Beweis zu erbringen, daß ein Arbeitersekretär für München nicht nutzlose Viebesmühe ist, und diesen Beweis werden wir erbringen. Karl Hummel.

### Verbands-Zeit.

**Berlin. Disfütterklub der Deutschen Gewerkschaften (S. D.).** Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften, Greifswalderstr. 221-23. Mittwoch, 25. Januar, Vortrag des Kollegen Lewin über: „Selbst Gewerkschaften“ (2. Teil). Gäste sind herzlich willkommen.

**Gewerkschafts-Klub (S. D.).** Jeden Sonntag abds. 9-11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften (Gärtner Saal). Gäste sind willkommen. 29. Januar. Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Abds. 8 1/2 Uhr, bei Richter, Bergstr. 69. Vortrag des Kollegen Gleichauf: „Warum verlangen wir ein neues Arbeitsrecht?“ Regulatorporto. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter II. Abds. 8 1/2 Uhr, Verammlung Gruchstr. 86 a. I. Mitteilungen. II. Jahresberichte. III. Werkstattangelegenheiten. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter III. Abds. 8-10 Uhr, Jagelabend bei Rabau, Waldstr. 58. — Maschinenbau und Metallarbeiter V. Abds. 8 1/2 Uhr, Verammlung bei Schumacher, Valgerstr. 126. Bericht vom Bezirksrat. Anträge zum Delegiertentag. Jahresberichte. — Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Abds. 8 1/2 Uhr, Verammlung Gerichtstr. 71. I. Mitteilungen. 2. Anträge zum Delegiertentag. 3. Werkstattangelegenheiten. 4. Beschiedenes. — Maschinenbau- und Metallarbeiter X. Abds. 8 1/2 Uhr, Verammlung bei Krull, Pulverstr. 51. Vortrag des General-Sekretärs Roll. G. Hartmann. — Frauen und Mädchen I. Donnerstag, 26. Januar, abds. 8 1/2 Uhr, Verammlung mit musikalischer Unterhaltung bei Bonader, Bülcherstr. 61. Gäste sind herzlich willkommen.

### Orts- und Regionalvereine.

**Cottbus (Disfütterklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hansen, Sandowstr. 42. — **Duisburg (Disfütterklub).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hansen, Friedrich Wilhelmstr. 12, Disfütterabend. — **Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandsbureau, Kurfürststr. 29. Sitzung. — **Eberfeld (Barmen Ortsverband).** Jeden 1. Donnerstag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreterprüfung bei Roggenkämpfer, Eberfeld, Eulenstein- und Erlöngoldestr.-Ecke. — **Eisenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband-Vertreterprüfung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal E. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Naden.** Jeden 3. Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Disfütterabend bei Budewitz. — **Halle a. S. (Ortsv.).** Der Disfütterabend wird, leht. Sonntag 1. Monat i. Passage-Rest. Gr. Brauhausstr. 11. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poststr., Disfütterstunde. — **Hersfeld (Disfütterklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Zander, Oststr. — **Hildesheim (Disfütterklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Water Kolping“, Hildesheim. — **Leipzig (Gewerkschafts-Klub).** Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abds. 9 bis 11 Uhr im Verkehrslokal, Stadt Hannover, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und Anwesende herzlich willkommen. — **Leipzig (Ortsverband).** Montag, 30. Januar, abds. 8 1/2 Uhr, Ortsverbandversammlung im Verkehrslokal „Stadt Hannover“. Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Ortskrankenkassenwahl 1911. 3. Jahresbericht des Kassierers. 4. Wahl der Agitations-Kommission. — **Mühlheim a. Nahr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreterprüfung beim Hirt Joh. Müller, Sandstr. 38. — **Ostfriesland (Gängerklub der Gewerkschaften).** Die Uebungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Hebe, Poststr. 5, statt. Stimmgabende Kollegen sind herzlich willkommen. — **Regel (Disfütterklub für Regel, Borsigwalde und Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag abds. von 8 bis 10 Uhr bei Sechner, Berlinstr. 38. Gäste willkommen. — **Weißenfels a. S. (Gesangsabteilung der Gewerkschaften).** Uebungsstunde jeden Dienstag, abds. 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangsliebende Gewerkschaftler sind willkommen. — **Weißenfels (Disfütterklub der Gewerkschaften).** Jeden Mittwoch 8-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

## Anzeigen-Zeit.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

**Ein neues Buch**  
**Lexikon des Arbeitsrechts**  
in Verbindung mit  
Felix Glaub, Hermann  
Hog, Hermann Luppe  
herausgegeben von  
Alexander Elster.  
Verlag von Gustav Fischer  
in Jena.  
Wer sich rasch über eine  
Frage des Arbeitsrechts unter-  
richten will findet in diesem  
praktischen Lexikon in knapper  
Darstellung jede gewünschte In-  
formation. Größere Biblio-  
theken, Arbeitersekretariate, Sozial-  
und Agitationsbeamte der  
Arbeiterbewegung sollten sich  
in den Besitz des Buches setzen.  
Gegen Einsendung des Kosten-  
preises von 4,20 M. pro  
Exemplar in gutem Einwand-  
einband erfolgt frankierte Zusen-  
dung. Das Geld ist an  
unsern Verbandskassierer H. u. b.  
Rein, Berlin NO. 55, Greifswalder-  
str. 221/22 zu senden.  
Die Bestellung ist auf den  
Postabschnitt zu schreiben.

**FAHNEN**  
Vereinsabzeichen etc.  
Auf Wunsch Anstands-  
sendung gratis u. franko.  
Oppelner-Fahnenfabrik  
Horn, Hirsch, Oppeln.  
**Wanne (Ortsverband).** Durch-  
reisende Kollegen erhalten auf dem  
Bureau der Bergarbeiter, Bahnhof-  
straße 207, eine Reiseunterstützung  
von 75 Pfg. Daj: ist Arbeitsnach-  
weis.  
**Hamburg (Ortsverb.).** Durch-  
reisende Kollegen erhalten seit  
2 Tage Unterstützung. Bonus beim  
Ortsverbandskassierer J. G. L. o. m. p.  
Altona, Al. Johanniststraße 25 III  
und beim Kassierer der Maschinen-  
bauer Otto Seebert, St. Pauli,  
Altenlohnstraße 6 I.  
**Sera (Ortsverband).** Die Unter-  
stützung an durchreisende Gewerkschafts-  
kollegen wird angegehrt bei  
Franz Wagner, Sera, Bären-  
gasse 11.  
**Essen (Nahr). Herberge zur**  
heimat Arbeitsnachweis u. Ver-  
pfelegungsstellen im Gewerkschafts-  
bureau, Brodhäuserstr. 53.

**Thorn.** Durchreisende erhalten  
Abendbrot, Nachtlager und früh  
Kaffee beim Verbandskassierer  
B. Kowalkowski, Thorn,  
Helligkeitstr. 7/9.  
**Weißenfels a. S. (Ortsver-  
band).** Durchreisende Kollegen er-  
halten Unterstützungskarten beim  
Kollegen Fischer, Leipzigerstr. 28.  
**Worms (Ortsverb.).** An durch-  
reisende Kollegen wird eine Unter-  
stützung von 70 Pfg. gezahlt vom  
Kassierer Dito Kneiler, Wäh-  
gasse 12.  
**Länderscheid.** Der Arbeitsnach-  
weis sowie Ortsverbandsgeldchen  
befindet sich beim Sekretär Her-  
m. R. t. e. l. l. e. r. Röhlerstr. 33.  
**Kaasen.** Durchreisende erh. im  
Winterhalbjahr 1 Mark und im  
Sommerhalbjahr vom 1. April bis  
1. Oktober 75 Pfg. bei G. Serbe,  
Bendischergarben 84.  
**Spottan-Culau (Ortsverb.).**  
Durchreisende Gewerkschaftler er-  
halten eine Unterstützung von 75 Pfg.  
beim Verbandskassierer Kollegen  
B. G. i. e. n. e. r. t. in Spottan,  
Glogauerstraße 10. Arbeitsnachweis  
ebenfalls.

**Wenn wir Sie sprechen könnten**  
würden wir Sie nicht davon über-  
zeugen, dass Sie durch direkten  
Bezug aus unserer Fabrik  
Anzugstoffen, Paletstoffen, Hosent-  
stoffen, Westentstoffen, Damentuchen  
unbedingt Vorteile haben. Spezialisten-Erskla-  
rungen in besserer Qualität zu allerbilligsten Preisen.  
Verlangen Sie durch Postkarte Muster, was möglich  
Gesellen sofort franko ohne Kaufzwang.  
**Lehmann & Assmy, Spremberg**  
Größte u. älteste Tuchfabrik Deutschlands des 20. Jhd.

**Oberbergischer Ortsver-  
band, Sig. Schiettau.** Unter-  
stützung an wandernde Kollegen bei  
E. r. n. i. 8. i. e. r. jun. in Schiebt-  
berg, Albertstr. 174 B.  
**Söln und Mühlheim a. Nhr.**  
(Ortsverb.). Durchreisende erhalten  
Verpflegungskarten im Gewerkschafts-  
bureau, Seewerstr. 118 I.  
**Oberhausen (Ortsverb.).** Durch-  
reisende Kollegen erhalten 1 Mark  
Unterstützung im Bureau, Müll-  
heimerstraße 42.  
**Dreschau (Ortsverband).** Durch-  
reisende Gewerkschafts Kollegen er-  
halten eine Unterstützung von 50 Pfg.  
bei den betreffenden Ortsvereins-  
kassierern.  
**Prümmer (Ortsverb.).** Durch-  
reisende Kollegen erhalten 75 Pfg.  
Unterstützung. Markenausgabe beim  
Kollegen R. A. d. a. m., Glogauerstr. 18.  
**Jauer (Ortsverband).** Durch-  
reisende Verbandskollegen erhalten  
Ortsgegengeld bei P. Kobelt,  
Hospitalplatz 6.